Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

15.11.1864 (No. 269)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 15. November.

Nr. 269. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

† **Wien,** 14. Nov. Heute Vormittag 11 Uhr wurde der Reichsrath durch den Kaiser mit folgender Rede eröffnet:

„Geehrte Mitglieder meines Reichsraths! Nachdem im Lauf der vorigen Sitzungsperiode die Bedingungen eingetreten sind, unter welchen der Reichsrath kraft seines verfassungsmäßigen Rechts die allen Königreichen und Ländern gemeinsamen Gegenstände der Gesetzgebung zu behandeln vermag, habe ich ihn zur Ausübung dieser Wirksamkeit als die gesammte Vertretung meines Reiches einberufen. Indem ich seine Session eröffne, begrüße ich Sie, Erzherzoge, Prinzen meines Hauses, hochwürdige, erlauchte und geehrte Herren von beiden Häusern des Reichsraths!

Es ist meine Absicht, sobald die Beendigung Ihrer Aufgaben den Schluß dieser Sitzungsperiode herbeigeführt haben wird, den engern Reichsrath in seine Wirksamkeit treten zu lassen. Ebenso gebe ich mich der Erwartung hin, daß in der östlichen Hälfte meines Reichs die verfassungsmäßige Thätigkeit, welche schon in meinem Großfürstenthum Siebenbürgen erfreulich waltet, allenthalben auf's neue werde beginnen können. Auf dieses Ziel, welches ich im Interesse jener Königreiche, wie nicht minder des gesammten Reichs in naher Zeit erreicht zu sehen wünsche, sind die ernsten Bemühungen meiner Regierung gerichtet. Vertrauen und wahre Einsicht werden zu segensvollem Gelingen führen.

Eine Reihe bedeutsamer Ereignisse für mein Haus, wie für das Reich liegt zwischen dem Schluß der vorigen Sitzungsperiode und dem heutigen Tag. Die mit meiner Zustimmung erfolgte Annahme der mexikanischen Kaiserkrone von Seiten meines Herrn Bruders, Erzherzog Ferdinand Maximilian, jetzt Kaiser Maximilian I. von Mexiko, hat eine Regelung der hierbei in Betracht kommenden Agnatenrechte nothwendig gemacht. Zu diesem Ende habe ich am 9. April d. J. zu Miramare einen Familienpakt vollzogen, welchen meine Regierung Ihnen mitzutheilen beauftragt ist.

Beseelt von dem eifrigen Bestreben, zur Erhaltung und Befestigung des allgemeinen Friedens beizutragen, wünsche ich mir Glück zu dem guten Einvernehmen, das zwischen Oesterreich und den übrigen großen Mächten Europa's besteht. Ich werde nicht aufhören, diese Beziehungen sorgfältig zu pflegen und Alles zu thun, um von meinem Reich, welches gegenwärtig mit so wichtigen innern Aufgaben beschäftigt ist, auswärtige Verwicklungen fern zu halten.

Eine Ursache langjährigen Streites im Norden Deutschlands ist so eben auf die ehrenvollste Weise beseitigt worden. Die Vertretung meines Reiches wird mit bewährtem patriotischem Gefühle meine Befriedigung darüber theilen, daß dem Kriege zwischen den deutschen Mächten und Dänemark durch den Friedensvertrag, der zu Wien am 30. Okt. unterzeichnet wurde, und dessen Ratifikation binnen wenigen Tagen gewärtigt wird, ein Ziel gesetzt worden ist, welches die Erfüllung auch der höchsten Erwartung in sich schließt. Die Tapferkeit der verbündeten Truppen und der Kriegsmarine Oesterreichs und Preußens hat einen glänzenden Preis erfochten, und die weise und gerechte Zurückhaltung der neutralen Mächte das endliche Einverständniß erleichtert. Die Einigkeit zwischen mir und meinem erhabenen Bundesgenossen, dem König von Preußen, hat ihren hohen Werth durch denkwürdige Erfolge von neuem erprobt. Das gesammte Deutschland aber, ich zweifle nicht, wird Angesichts der ruhmvollen und glücklichen Lösung der Frage, von der es im Innersten bewegt wurde, jene Eintracht wiederfinden, welche für seine eigene Sicherheit und Wohlfahrt wie für die Ruhe und das Gleichgewicht Europa's eine so mächtige Bürgschaft bildet.

Zu meinem Bedauern haben die unheilvollen Wirkungen, welche in letzter Zeit die Ereignisse im Königreich Polen auf die benachbarten Länder meines Reichs übten, meiner Regierung die Nothwendigkeit auferlegt, Ausnahmsmaßregeln zur Wahrung der innern Ruhe und zum Schutz der Person und des Eigenthums der friedlichen Bevölkerung über diese Länder zu verhängen. Sie sind von günstigem Erfolg für die Sicherung dieser gefährdeten Interessen gewesen. Mit Befriedigung habe ich wahrgenommen, daß ein Theil dieser Maßregeln sich schon dermalen entbehrlich gezeigt hat, und gern gebe ich mich der Erwartung hin, in nicht ferner Zeit sie völlig beseitigt zu sehen.

Ihre besondere Aufmerksamkeit werden die Angelegenheiten der Finanzen meines Reichs in Anspruch nehmen. Die ungünstigen Verhältnisse, welche allenthalben den europäischen Geldmarkt beherrschen, konnten nicht ohne hemmende Wirkungen auf die Fortschritte der volkswirthschaftlichen und finanziellen Entwicklung Oesterreichs bleiben. In dieser unverkennbar schwierigen Lage ist die Bedeckung des gesteigerten Staatserfordernisses doch stets pünktlich erfolgt. Das ernste Streben nach Ersparungen bietet beruhigende Anhaltspunkte, nach erfolgter Tilgung der außerordentlichen Staatszahlungen, welche in der gegenwärtigen Periode noch bestehen, die endliche Beseitigung der Störungen im Geldwesen und im Gleichgewicht des Staatshaushalts zu erwarten.

Es werden Ihnen ausnahmsweise in der gegenwärtigen Sitzungsperiode zwei Staatsvoranschläge, nämlich jener für das Jahr 1865 und in unmittelbarer Folge auch jener für das Jahr 1866, vorgelegt werden. Durch diese Uebergangsmaßregel soll eine geordnete Zeitfolge in den Sessionen des Reichsraths und der Landtage angebahnt und die Möglichkeit gesichert werden, die Budgetarbeiten rechtzeitig vor dem Beginn des Finanzjahres zum Abschluß zu bringen. Das erste, auf verfassungsmäßigem Weg zu Stande gebrachte Finanzgesetz hat in der Staatsrechnung für 1862 seinen Abschluß erhalten. Letztere wird Ihnen noch in dieser Session von meiner Regierung vorgelegt werden.

Ihrer eingehenden Würdigung empfehle ich die an Sie gelangenden Gesetzentwürfe zur Regelung der direkten Besteuerung, deren baldige Wirksamkeit eben so sehr im Interesse einer gerechtern und gleichmäßigern Vertheilung der Steuerlast, als einer mehr entsprechenden Bedeckung des Staatserfordernisses zu wünschen ist. Ihre Thätigkeit wird sich der Behandlung noch anderer Finanzvorlagen zuwenden, welche die Verbesserung bestehender Gesetze und theilweise nicht unerhebliche Erleichterungen der Steuerträger zum Zweck haben. Ich erwähne unter diesen den Entwurf eines Gesetzes über die Verminderung der Personalsteuern in meinem Großfürstenthum Siebenbürgen.

Seit einer Reihe von Jahren nimmt die volkswirthschaftliche Einigung Deutschlands, welche, im 19. Artikel der Bundesakte als ein Ziel der Bestrebungen des Bundes bezeichnet, in spätern Verträgen bestimmtere Gestalt und einen den Zeitverhältnissen entsprechenden Ausdruck erhalten hat, die volle Aufmerksamkeit meiner Regierung in Anspruch. Zur gedeihlichen Lösung dieser Aufgabe, die im Bundesverhältniß gelegen und für die Interessen Oesterreichs von hoher Wichtigkeit ist, sind Verhandlungen nothwendig geworden, welche von meiner Regierung mit jenem Ernst, welcher der Sache gebührt, noch gegenwärtig fortgeführt werden. Die Ergebnisse derselben werden Ihnen von meiner Regierung mitgetheilt werden, und ich hoffe, daß sie für die Feststellung eines neuen Zolltarifs, welche im Lauf der Session zu erfolgen hat, nicht ohne günstigen Einfluß sein werden.

Die Vortheile erkennend, welche die Vervielfältigung der Verkehrsmittel meinem Reiche in jeder Beziehung zu bieten vermag, habe ich meine Regierung beauftragt, fortan der planmäßigen Ausführung eines den Bedürfnissen meiner Königreiche und Länder genügenden Netzes von Eisenbahnen ihre ununterbrochene und energische Thätigkeit zuzuwenden. Diesen meinen Absichten gemäß wird meine Regierung in naher Zeit eine Reihe von Gesetzentwürfen über die Staatsgarantie, welche von mehreren neuen Eisenbahn-Unternehmungen angesprochen wird, an Sie gelangen lassen. Jedenfalls wird noch im Lauf dieser Session, und zwar demnächst jene Vorlage der verfassungsmäßigen Behandlung unterzogen werden, welche die nach dem Großfürstenthum Siebenbürgen und innerhalb desselben auszuführende Eisenbahnlinie zum Gegenstand hat.

Mit tiefem Bedauern habe ich die schweren Bedrängnisse wahrgenommen, von welchen die Industrie in meinen Ländern wie anderwärts heimgesucht worden ist. Der vorgerückte Standpunkt, welchen sie schon jetzt einnimmt, läßt mich jedoch hoffen, daß sie nach kurzer Frist durch eigene Kraft unter den Segnungen des Friedens, geschirmt durch eine heilsame Gesetzgebung, zu einem dauernden und reichlich lohnenden Aufschwung wieder gelangen werde.

Mehrere Gesetzentwürfe, welche die Förderung der volkswirthschaftlichen Interessen bezwecken, sowie andere, zur Kompetenz des gesammten Reichsrathes gehörige Vorlagen werden von meiner Regierung in Bereitschaft gehalten, um noch im Lauf dieser Session zu Ihren Berathungen zu gelangen. Es ist mein Wunsch, dessen Erfüllung Ihr hingebender Eifer mir verbürgt, die Aufgaben, zu welchen Sie nunmehr sich wenden, rasch ihrer Vollendung entgegenreifen zu sehen; denn eine Reihe wichtiger und umfangreicher Vorlagen ist von meiner Regierung für die Thätigkeit des engern Reichsrathes vorbereitet, deren Wiederkehr an jene Voraussetzung geknüpft ist.

Geehrte Mitglieder meines Reichsrathes! Indem ich Sie mit der Versicherung meiner Kaiserl. Huld und Gnade an Ihre wichtigen Aufgaben geleite, verkenne ich die Schwierigkeiten derselben nicht; aber fest ist mein Vertrauen, daß es mit Ihrem Rath und Beistand mir gelingen werde, das Reich, das die Vorsehung mir anvertraut hat, mit starker Hand einer glücklichen Zukunft entgegen zu führen. Ich schöpfe dieses Vertrauen aus der Liebe und Treue, aus der Einsicht und Kraft meiner Völker, welche ich mit dem innigen Wunsche meines Herzens, daß ihre Geschicke zum Heile und Ruhme ihres gemeinsamen Vaterlandes sich erfüllen mögen, dem allmächtigen Schutze des Himmels empfehle."

Lübeck, 13. Nov. (W. T.-B.) Nach der hiesigen Zeitung sind heute die dänischen Bevollmächtigten nach Wien durchgereist.

Kopenhagen, 14. Nov. (W. T.-B.) Die heutige „Berling. Ztg." bringt die Nachricht, daß Geh. Rath Braestrup gemäß dem Protokoll zum zweiten Friedensartikel als Kommissär für Jütland ernannt worden sei.

Genf, 14. Nov. (Sch. M.) Die Großrathswahlen wurden ruhig vollendet, einige Händel in Carouge ausgenommen. Heute Eröffnung der Stimmzettel. Sieg der Unabhängigen wahrscheinlich.

Mailand, 13. Nov. (W. T.-B.) Die „Perseveranza" bringt eine Mittheilung aus Venedig vom 11., wornach am 8. ein Angriff der Insurgentenbande auf die Oesterreicher zu Andreis bei Maniago stattgefunden habe. Mehrere Oesterreicher, darunter ein Leutnant, seien getödtet, mehrere verwundet worden. Ein Insurgent wurde verwundet und gefangen. Es heißt, gestern sei wieder ein Zusammentreffen zu Carnia bei Moggio erfolgt.

† **London,** 14. Nov. Franz Müller ist heute Morgen nach 8 Uhr hingerichtet worden. Der Zudrang der Volksmassen war gewaltig. Ob Müller ein Geständniß hinterlassen, ist einstweilen noch unbekannt.

Deutschland.

Karlsruhe, 14. Nov. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 63 enthält eine allerhöchstlandesherrliche Verordnung: die Dienstweisung für die Waisenrichter betreffend.

Dresden, 12. Nov. Das „Dresden. Journ." berichtet, daß die Kommission zur Untersuchung der Rendsburger Besetzungsangelegenheit am 15. Novbr. in Kiel zusammentritt.

Flensburg, 9. Nov. (Alt. Mrk.) Es wurde hier gestern von mehreren Individuen eine gedruckte Schrift gratis verbreitet, deren Zweck war, zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg zu agitiren. Auf deßfallsige Anzeige wurde die Schrift sofort von Gendarmen konfiszirt, da hier von vornherein politische Demonstrationen aller Art untersagt sind. Es wird versichert, daß die Schrift hauptsächlich nur auf den Bildungsgrad des Landmanns berechnet sei. Wie es heißt, wird sie auch in Angeln durch Colporteure verbreitet.

◇ **Berlin,** 13. Nov. Se. Maj. der König empfing gestern u. A. den königl. Flügeladjutanten Oberstleutnant v. Stiehle, welcher bald darauf zusammen mit dem österreichischen Oberstleutnant v. Schoenfeld nach Flensburg abreiste. Bekanntlich haben beide Offiziere den Auftrag, als Kommissäre ihrer Regierungen bei der schleswig-jütländischen Grenzregulirung zu fungiren. Die praktischen Regulirungsarbeiten werden alsbald beginnen. — Die Verhandlungen mit Oesterreich über die Erneuerung und Erweiterung des Vertrags vom 19. Febr. 1853 haben in jüngster Zeit einen nicht unbedeutenden Fortschritt gemacht. Vor kurzem ist — als Antwort auf die letzte österreichische Kundgebung — von hier nach Wien eine auf diese Angelegenheit bezügliche Depesche abgegangen, welche im Prinzip die Zolleinigung mit Oesterreich als das auch ferner gemeinsam zu erstrebende Ziel hinstellt. Zugleich soll aber die Depesche Erklärungen enthalten, welche neben dieser Zusage die handelspolitische Selbständigkeit des Zollvereins zu wahren bezwecken. Der letztere Punkt wird wohl noch zu weitern Erörterungen führen.

Gestern Abend hat die lauenburgische Deputation ihre Rückreise in die Heimath angetreten. Die drei Mitglieder der Deputation waren gestern Nachmittag noch beim Ministerpräsidenten v. Bismarck, um sich von demselben zu verabschieden. — Wie das neueste Militär-Wochenblatt meldet, ist dem bisherigen Kommandeur der 7. Infanteriebrigade, Generalmajor v. Lehwaldt, der Abschied mit Pension bewilligt worden. — Vorgestern traf der Direktor des Telegraphenwesens, Oberstleutnant Chauvin, von seiner in Telegraphenangelegenheiten nach Schleswig und Jütland unternommenen Reise hier wieder ein. Der Major v. Hartmann aus dem Kriegsministerium hat sich in dienstlichen Aufträgen nach Flensburg begeben. Dorthin ist gestern auch der kais. österreichische Rittmeister Prinz v. Aremberg, welcher längere Zeit hier in Berlin verweilt hat, zu seinen Dienstfunktionen wieder abgereist. — Das kürzlich von einem hiesigen Blatt verbreitete Gerücht: die Einberufung des Landtags werde schon zu Anfang des Monats Dezember erfolgen, entbehrt jeder thatsächlichen Grundlage. Allen Anzeichen nach steht die Eröffnung der neuen Session nicht vor dem Beginn des Monats Januar k. J. zu erwarten.

Wien, 12. Nov. Heute hat die Eröffnung der Sitzungen des Herrenhauses stattgefunden. Erzherzog Rainer stellte das Präsidium vor. Der Präsident hielt eine kurze Ansprache, welche er mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser schloß. Bei Eröffnung des Unterhauses stellte Hr. v. Schmerling das Präsidium vor. Es sind 137 Mitglieder anwesend, darunter 9 Polen. Der Präsident Hasner hält eine längere Rede, in der er die gegenwärtig schwebenden Fragen berührt und mit dem Ausdruck der Ueberzeugung schließt, daß die Lage uns gebiete, alle Kräfte im Innern zu konzentriren; hier gelte es, ohne Hast, aber auch ohne Rast, vorwärts zu schreiten.

Wien, 12. Nov. (A. Z.) Die Wiener Handelskammer hat wegen der Haltung Preußens in der Zollfrage die Beschickung des deutschen Handelstags in Berlin abgelehnt.

Italien.

Turin, 10. Nov. (Köln. Ztg.) Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung sprach Bazzaro gegen den Gesetz-

entwurf wegen Verlegung der Hauptstadt; Brofferio erging sich darüber, was Piemontesenthum sei; Ferrari betrachtete die frühere Wahl Roms zur Hauptstadt als einen Mythus, und meinte, gegenwärtig sei allerdings nicht daran zu denken, Rom zu bekommen, werde aber einmal eine Veränderung beliebt, so könne seinetwegen auch sogar auf Florenz die Wahl fallen; er stimme aus diesen Gründen dem Gesetzentwurf bei und finde nicht, daß dadurch Italiens Würde oder Vortheil beeinträchtigt werde. Jeder könne den Vertrag auf seine Weise auslegen; es gebe viele Wege, die nach Rom führten; mit Frankreich, das der ganzen Welt in Hochherzigkeit zum Exempel dienen könne, müsse Italien verbündet bleiben, schließlich aber sei die Hauptsache felsenfestes Vertrauen darauf, daß Italien dahin gehen werde, wohin das Schicksal es rufe; Redner glaube an eine große Zukunft der romanischen Völker, der Vertrag mit Frankreich sei ein Aufruf an den Papst, sich mit der lateinischen Welt auseinanderzusetzen.

Turin, 12. Nov. (W. T.-B.) In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer ergriff der Ministerpräsident Lamarmora das Wort. Er sagte u. A.: „Vor dem Abschluß des September-Vertrages sei er gegen diesen gewesen, weil er fürchtete, daß darüber innere Streitigkeiten in Italien ausbrechen würden. Jetzt aber habe er seine Meinung geändert, nachdem er gesehen, daß alle Italiener die eingegangenen Verpflichtungen ernst nehmen und die bei Gelegenheit des neulichen Depeschenwechsels im Parlament kundgegebenen Gefühle theilen. So hätten die Minister sagen können, sie würden stark genug sein, um den Vertrag auszuführen. Diese Ueberzeugung habe er (Lamarmora) aus der Einigkeit des Parlaments, aus dem moralischen Beistand des Landes geschöpft. Er bedauert, daß man die Absichten Frankreichs verdächtigt habe. Es sei ihm vergönnt gewesen, mehrmals dem Kaiser Napoleon zu nahen, und er habe diesen seit 1862 stets geneigt gefunden, sich mit dem Schicksal Italiens zu beschäftigen." Der Ministerpräsident erinnert an die glänzenden Dienste, welche der Kaiser Italien geleistet, und fährt fort: „Wie Mehrere von uns selbst, bezweifelte vielleicht auch der Kaiser die Möglichkeit der Einheit; jetzt aber, ich bin es überzeugt, steht der Einheitsgedanke unwiderruflich fest. Wir werden keinen Schritt rückwärts thun, sondern klug und langsam, aber rastlos vorwärts schreiten. Die römische Frage ist noch verdunkelt hinsichtlich der Art ihrer Lösung, und es ist nicht schlimm, daß wir dazu noch Zeit vor uns haben. Ich setze großes Vertrauen auf den Kaiser, der die römische Frage vollkommen kennt. Ich glaube auch, daß er uns in der venetianischen Frage behilflich sein wird. Ich spreche hier als Privatmann meine Ansicht darüber aus, welche Lösung bezüglich Venetiens möglich werden kann. Ich glaube, daß der Geist des Kaisers von Oesterreich zu neuen Entschlüssen über diesen Gegenstand geführt werden kann. Ich wiederhole den Wunsch, daß Sie dem vorliegenden Vertrag zustimmen möchten".

* **Turin**, 12. Nov. Die „Stampa" meldet, daß die parlamentarische Linke gestern versammelt war, ohne sich über einen bestimmten Beschluß einigen zu können. Sie hat sich in zwei Parteien gespalten; an der Spitze der einen, welche gegen die Konvention ist, steht Crispi; an der Spitze der andern, welche für die Konvention ist, Mordini. Crispi hat einen von ihm und seinen Freunden unterzeichneten Antrag auf Tagesordnung eingebracht, für den er sprechen wird.

Die Genueser Blätter theilen mit, daß die päpstliche Regierung der italienischen Regierung 800 Galeerensträflinge, die dem italienischen Königreich angehören, zuschicken wird. Der römische Stuhl war, wie beigefügt wird, entschlossen, wenn ihre Annahme verweigert worden wäre, sie unter Bedeckung bis an die Grenzen des Kirchenstaats bringen und dann in Freiheit setzen zu lassen.

Florenz, 10. Nov. (A. Ztg.) Der Schaden, welchen die Regengüsse und Ueberschwemmungen verursacht haben, ist unermeßlich. Die Eisenbahn zwischen Florenz und Livorno, Florenz und Pisa, Florenz und Prato und zwischen Prato und Pistoja ist auf lange Strecken zerstört. Die Eisenbahn von Florenz nach Montevarchi ist an zwei Punkten unterbrochen, so auch die von Livorno nach Nunziatella. Auch die Bahn von Empoli nach Siena und die neue Linie Pracchia-Pistoja ist furchtbar beschädigt. Der Arno hat in Pisa ebenso wie hier die verheerendste Ueberschwemmung angerichtet. Auf der Straße von Florenz nach Livorno sind mehrere Arbeiter, welche den Bahnkörper ausbessern wollten, mit der Maschine in das Wasser gerathen und um's Leben gekommen. Eine Uebersicht der zu Grund gegangenen Menschenleben läßt sich noch nicht geben, da alle Postverbindung unterbrochen ist.

Mailand, 10. Nov. (Köln. Ztg.) Die offizielle venetianische Zeitung meldet, daß die bewaffnete Bande, welche sich im Friaul noch halte, auf dem Rauthberge eingeholt wurde und es zu einigen Schüssen kam, wobei drei Soldaten verwundet wurden; hierauf sei die Bande verschwunden. Eine etwa 50 Mann starke Bande, wahrscheinlich eine andere, als die vorerwähnte, sei am 7. in Venzona, einem großen Dorfe an der Straße von Ponteba, eingerückt, habe die Postpferde weggenommen und sich dann gegen Carnea weiter bewegt; Truppen seien zu ihrer Verfolgung auf dem Marsche.

Frankreich.

♁ **Paris**, 12. Nov. Es ist gewiß, daß Drouyn de Lhuys den italienischen Diplomaten nicht das letzte Wort lassen wollte und auf die Lamarmora'sche Depesche vom 7. Nov. durch eine neue Depesche an Hrn. v. Malaret geantwortet hat. Doch soll dieses Dokument aus schonenden Rücksichten für die befreundete Turiner Regierung erst nach Schluß der Kammerdiskussion über die Konvention im „Moniteur" erscheinen. — Der „Constitutionnel" nimmt heute von einem Artikel des Hrn. v. Rémusat in der „Revue des deux mondes" Anlaß, um seine Ansicht über die schleswig-holsteinische Frage zu entwickeln. „Alte Pergamente — meint Hr. P. Limayrac — sind freilich nicht Alles; aber da sich die Majorität der deutschen Rechtsfakultäten im Einklang mit der öffentlichen Meinung entschieden für den Herzog von Augustenburg ausgesprochen, so heißt, neuerdings an die Rechtsgelehrten appelliren, eine Sachlage verlängern, die anfängt, die Gemüther zu erzürnen und zu beunruhigen.... Die Bevölkerung hat ihre Wünsche geäußert; da man aber in Berlin und Wien noch zu zweifeln scheint, warum schreitet man nicht zu einer letzten entscheidenden Probe, indem man die Bevölkerungen befragt?"

Wie man versichert, beabsichtigt das englische Kabinet bei den verschiedenen Mächten zu beantragen, mit ihm auf diplomatischem Wege in Washington gegen die Art der Wegnahme der „Florida" zu protestiren und die Reklamationen Brasiliens im Prinzip zu unterstützen. Man erwartet in London die Rückkehr des französischen Gesandten de la Tour d'Auvergne, um dem Tuilerienkabinet deßfallsige offizielle Mittheilungen zu machen. Fürst de la Tour d'Auvergne ist heute nach London abgereist. — Heute kam vor dem Zivilgericht die Sache des Leon Lacordaire, Neffe des verstorbenen bekannten Dominikaners, gegen den Abbé Berrywe wegen Herausgabe der ihm mittelst Codicils vermachten Manuskripte zur Verhandlung. Jules Favre plaidirte für den Neffen, Maitre Templier vertheidigte den Abbé. — Hr. Behic hat die öffentlichen Montags-Vorlesungen an der Sorbonne gestattet, jedoch mit der Beschränkung, daß der Zutritt nur auf Karte erlaubt ist, welche das Sekretariat der Universität verabfolgt.

An der Börse versuchte man die Hausse fortzusetzen; auch heute war es italienische Anleihe, welche die französische Rente und die Mobiliers in die Höhe trieb. Man versicherte, daß Rothschild und einige englische Häuser der italienischen Regierung, Ersterer 120, letztere 80 Mill. darleihen werden u. s. w. Ob dies wahr, muß dahingestellt bleiben; gewiß aber ist, daß (wie ich aus Turin erfahre), während die Kammerkommissionen sich energisch gegen die projektirte Voreinhebung der Grundsteuern pro 1865 aussprechen, die Turiner Regierung sich daran macht, im Neapolitanischen die Mobiliarsteuern für 1865 einzutreiben und die deßfallsigen Erklärungen den Steuerpflichtigen bei Strafe binnen 3 Wochen abfordert. Ital. Anl. bleibt 65.70 nach 65.90. Rente schließt 65.25 nach 65.40. Mob. 901 nach 910.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Nov. (Nat.-Ztg.) In der gestrigen Sitzung des Volksthings kam der Friedensvertrag zur Verhandlung, nachdem vorher von dem aus sämmtlichen Mitgliedern des Things bestehenden Ausschuß ein kurzer Bericht erstattet worden war, in welchem die Majorität gegen eine unbedeutende Minorität die Annahme des Regierungsantrags empfahl.

Der Wortführer des Ausschusses, Chr. Rimestad, bedauert, daß ihm das traurige Loos beschieden sei, im Namen der Majorität die Annahme eines Friedens anzurathen, der drückender sei, als je ein geschlossener, der von der Krone Dänemarks Landestheile losreiße, welche derselben seit Jahrtausenden angehört haben, die durch das in manchem heißen Kampfe vergossene Blut geweiht seien, und deren Bevölkerung in Sitten und Sprache, in Gedanken und Empfindungen der dänischen Nation angehöre, Blut von ihrem Blut, Fleisch von ihrem Fleisch sei. Man wisse sehr wohl, daß es höchst zweifelhaft sei, ob jene Söhne des alten Dänemarks, die jetzt aus dem väterlichen Hause ausgestoßen würden, ihre Nationalität zu bewahren vermögen würden, wie Dänemark seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit; doch sei man zu der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Einwilligung gekommen. Viele waren der Meinung, daß das jetzige Ministerium besser als irgend ein anderes geeignet wäre, die Nation in Einigkeit um sich zu versammeln und sie zum heiligen Kampf zu führen, und Alles würde er darum gegeben haben, wenn dies der Fall gewesen wäre. (Hört!) Das Ministerium war jedoch anderer Meinung und entließ einen großen Theil des Heeres nach Landestheilen (Schleswig und Jütland), von wo eine Gestattung der Rückkehr zu den Fahnen nicht erwartet werden konnte. (Hört!) Jetzt sei jede Wiederaufnahme des Kampfes vergeblich. Die Widerstandskraft sei gebrochen und der Volksgeist geschwächt; es sei daher Pflicht, in Rücksicht auf die Zukunft des Landes seine Einwilligung nicht zu versagen, und daher wolle auch die Majorität zur Annahme des Regierungsantrages rathen. Viele halten es nicht für korrekt, wenn, wie von Seiten der Regierung geschehen ist, die Einwilligung zur Ratifikation des Friedensvertrags im Allgemeinen, ohne nähere Bestimmung, ertheilt werde; denn es könnten ja, wie dies häufiger geschehen sei, demselben geheime Bedingungen angehängt sein. Dem gegenüber sei zu bemerken, daß die Einwilligung selbstverständlich nur für den vorliegenden Theil Giltigkeit haben könne; und außerdem müsse jedes Bedenken nach den von dem Conseilspräsidenten im Ausschuß gegebenen Erklärungen verschwinden. Ferner sei noch das Bedenken erhoben worden, ob der Reichsrath auch richtig handle, seine Einwilligung zu dem Friedensvertrag in seiner Gesammtheit und nicht ausschließlich nur zu der Gebietsabtretung, wie solche durch das Grundgesetz bedingt sei, zu geben; mit Rücksicht auf Art. 3, welcher besagt, daß der König sich verpflichtet, die vom Feinde getroffenen Dispositionen über die abgetretenen Landestheile anzuerkennen, könne eine Einwilligung in eine etwaige künftige Personalunion herausgedeutet werden. Man habe daher die Genehmigung nur unter dem Vorbehalt geben wollen, daß der König laut § 2 des Grundgesetzes nicht ohne Zustimmung der Landesvertretung die Regierung über ein anderes Land übernehme. Doch auch dieses Bedenken sei durch die Verhandlungen des Ausschusses entkräftet worden, da die Genehmigung des Reichsraths nur auf die durch den §. 15 des Grundgesetzes bedingte Bewilligung der Gebietsabtretung bezogen werden könne, wie dies die königl. Botschaft an den Reichsrath klar und deutlich besage, und wie auch durch die Erklärung des Conseilspräsidenten in der Ausschußsitzung bestätigt worden sei. Da ferner ein Vorbehalt dem Feinde einen Vorwand geben könnte, Dänemark noch ferner zu schaden, so empfehle die Majorität, den Regierungsantrag in unveränderter Form anzunehmen.

H. Hage will gegen die Genehmigung stimmen und behält sich die Motivirung für die zweite Behandlung vor. Hammerich meint, daß die Annahme des Regierungsantrags die Herrschaft der Mittelmäßigkeit zur Folge haben würde; man würde versuchen, den dänischen Staat in ein monarchisches Hamburg zu verwandeln, wo allein materielle Interessen das bewegende Prinzip abgeben würden. Nähme man den Frieden an, dann würde Dänemark in Zukunft machtlos dastehen, eine wehrlose Beute für den Süden und den Osten; Schleswig würde der Germanisirung anheimfallen, und selbst im Königreich würde es schwer halten, deutsches Wesen gänzlich fern zu halten. Als der Krieg ausbrach, war das Bewußtsein im Volk lebendig, daß die Existenz des dänischen Reichs auf dem Spiele stand. Doch seit jener unglücklichen Nacht (Einnahme Alsens) hat ein böser Zauber über das Volk Macht gewonnen. Die Waffen entfielen den Händen, das Heer wurde entlassen; nur 6 kurze Wochen seien zur Rüstung auf einen neuen Kampf gewährt; und wo seien die Männer, die sich getrauen, die Führung zu übernehmen? Sie würden wohl kommen, wenn die Stimmung eine gehobene wäre; doch diese kann nur gehoben werden, wenn die Männer in diesem Saal ein männliches Bewußtsein zeigen. (Hört! von der Tribüne.) Er wolle nicht sagen, daß Diejenigen, welche mit „Ja" stimmen, Dänemarks Todesurtheil unterschreiben; doch Dänemark liege auf dem Krankenlager, und es sei Pflicht Derjenigen, welche als Aerzte berufen seien, ihr Gewissen zu befragen, bevor sie handelten. Er werde für Ablehnung stimmen. Der Präsident will nicht gestatten, daß Denjenigen, welche mit „Ja" stimmen, männliches Bewußtsein abgesprochen werde. Hammerich glaubt, daß ihm das Recht zustehe, die Sache von seinem Standpunkt aus zu beurtheilen.

Krabbe bemerkt, daß, wenn auch der Wortführer im Namen der Majorität eine Befürchtung mit Rücksicht auf die Bedeutung der Einwilligung des Reichsraths für den Fall einer Personalunion ausgesprochen habe, doch eine bestimmte Ansicht des Reichsraths für oder gegen diese Eventualität nicht daraus abzuleiten sei; diese würde wesentlich davon abhängen, ob die Personalunion die Vereinigung der dänischen Nation oder eine Ordnung der Staatsverhältnisse, wie sie durch den Friedensvertrag bedingt würde, zur Basis hätte. Der Wortführer erklärt, daß seine Aeußerung nur dahin zu deuten sei, daß der Reichsrath sich sein verfassungsmäßiges Recht laut § 2 des Grundgesetzes vorbehalten wolle. C. V. Rimestad bemerkt, daß, wenn der Reichsrath eintretenden Falls seine Einwilligung nicht gäbe, dem König ja die Wahl nach der einen oder andern Seite freistände. Der Uebergang zur zweiten Behandlung wurde mit 80 gegen eine Stimme (Röepsdorff) angenommen.

Kopenhagen, 10. Nov. (Nat.-Ztg.) Der Friedensvertrag gelangte gestern im Volksthing zur zweiten und letzten Behandlung und wurde mit 75 (nicht 70, wie früher irrthümlich berichtet wurde) gegen 21 Stimmen angenommen. Ein Mitglied enthielt sich der Abstimmung, 4 waren abwesend. Mit „Nein" stimmten die meisten Grundtvigianer und die Abgeordneten für die schleswig'schen Distrikte (Finsen, Steenstrup 2c.) und für die abgetretenen jütländischen Enklaven; ferner Monrad, H. Hage und Steen. Unter den Rednern ist Birchedal hervorgehoben, dessen leidenschaftliche Ausfälle gegen deutsches Wesen, gegen Preußen und Oesterreich und gegen die eigene Regierung den lauten Beifall der zum größten Theil mit Studenten besetzten Tribüne hervorriefen und daher dem Präsidenten einige Mal Veranlassung gaben, seine Glocke ertönen zu lassen; ferner H. Hage und Monrad, welche durch Rückblicke auf die dänische Geschichte zu beweisen suchten, daß der Staat bereits früher in einer weit gefährlichern Lage durch den verzweifelten Muth der Bevölkerung gerettet worden sei; endlich Hall, der dringend die Annahme des Regierungsantrags empfahl: eine Fortsetzung des Kriegs, wenn überhaupt möglich, könne Dänemark nur zum Nachtheil gereichen. Dagegen hoffe er nach Abschluß des Friedens auf eine günstigere Ordnung der nationalen Differenzen durch gütliche Uebereinkunft; sei doch im Friedenstraktat bereits die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Dänemark und Deutschland in Aussicht gestellt; ein solches, wie sehr es auch für die materielle und intellektuelle Entwicklung Dänemarks nothwendig erscheinen möchte, sei jedoch nur erreichbar durch eine gerechte Lösung der nationalen Frage; auch hätten sich bereits in Deutschland selbst Stimmen für eine Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten erhoben (wohl nur die „Köln. Ztg."), und in dem Kaiser der Franzosen, der das Nationalitätsprinzip als Grundlage der modernen Staatsordnung aufgestellt habe, dürfe man einen mächtigen Fürsprecher erblicken. Eine „wahnsinnige Energie", wie sie von H. Hage als einziges Rettungsmittel aufgestellt werde und welche die Existenz selbst auf's Spiel setze, um entweder Alles zu gewinnen oder Alles zu verlieren, sei von dem besonnenen dänischen Volk nicht zu erwarten; anstatt sich daher mit kindischem Trotz der unabänderlichen Entscheidung des Schicksals entgegen zu stemmen, sei es sowohl männlicher als klüger, sich der Macht der Verhältnisse zu beugen und mit Resignation von der kommenden Zeit eine günstigere Ordnung der Nationalitätsfrage, über deren Bedeutung für die zukünftige Stellung des Vaterlandes gewiß alle dänischen Männer einig seien, zu erwarten.

Im Landsthing wird heute der Regierungsantrag zur Verhandlung kommen und ohne Zweifel mit bedeutender Majorität angenommen werden, so daß der Reichsrath die ihm gestellte Aufgabe bereits eine Woche vor der gestellten Frist beendigt haben wird.

Kopenhagen, 12. Nov. (W. T.-B.) Nächstens werden sämmtliche Armeemannschaften der Jahrgänge 1858—1860 beurlaubt, sowie sämmtliche Kriegsschiffe zur völligen Abtakelung in den innern Flottenhafen einlaufen werden. Die seit dem Ausbruch des Krieges bestehende Einrichtung, wornach die Regimenter aus zwei Bataillonen zusammengesetzt sind, hört mit nächstem Montag auf, weil sich das Doublirungssystem im Kriege nicht bewährt hat.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 12. Nov. Das heutige „Journ. de St. Petersbourg" berichtet über die Abschiedsaudienz, welche eine Deputation der Petersburger englischen Kolonie beim Lord Napier hatte. Letzterer sagte unter Anderm, die gegenseitigen Beziehungen zwischen England und Rußland seien zwar nicht intim, jedoch gewährten sie einander gegenseitige gute Dienstleistungen. Beide Regierungen fühlten dringend das Bedürfniß des Friedens, und er (Napier) hoffe eine Veränderung in den russen-feindlichen Gefühlen der Britten. Die gegenwärtigen Beziehungen beider Länder seien zufriedenstellend, und eine baldige Verbesserung derselben durch die Vermehrung des russischen Handels, durch die Entwicklung der Freiheit im Reiche des Czaren, und durch eine reservirte Politik Rußlands im Orient stehe in Aussicht; der Mangel an Handelsfreiheit in Rußland sei zwar bedauerlich, eine Veränderung des russischen Handelssystems jedoch zu erwarten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Großbritannien.

London, 12. Nov. Hr. Scarlett, der frühere Gesandte Englands in Athen, ist zum Gesandten nach Mexiko ernannt.

* **London,** 12. Nov. Der „Globe" meldet, daß der Staatssekretär des Innern, Sir G. Grey, nachdem er die Richter, welche den Prozeß gegen Müller geleitet, zu Rathe gezogen, keinen Grund gesehen habe, der Königin ein Einschreiten gegen den Gang der Justiz zu empfehlen, und daß folglich die Hinrichtung Franz Müller's am Montag Morgens um 8 Uhr stattfinden werde.

Amerika.

* **Neu-York,** 2. Nov. Aus den per „Scotia" angelangten Nachrichten ist noch Folgendes nachzutragen: Grant's Armee ist nach der Rekognoszirung vom 27. wieder in ihre alte Stellung zurückgekehrt. Grant verlor 1500 Mann und 800 Gefangene. Während Butler's Bewegung machte General Weitzel einen Angriff auf die südstaatliche Stellung an der Williamsburger Straße, ward aber mit dem Verlust fast zweier Brigaden zurückgeschlagen; diese Brigaden sollen, nach anderweitiger Angabe, um der Vernichtung zu entgehen, sich auf die Erde geworfen haben und sich so haben gefangen nehmen lassen. Am 30. machten die Südstaatlichen einen Ausfall in Grant's Linien und drangen zwischen dem 2. und 5. Korps ein, wobei sie 400 Gefangene machten; als sie darauf aber einen Angriff auf die Schanzwerke versuchten, wurden sie zurückgeworfen. — In West-Tennessee reorganisiren sich die Südstaatlichen; in Ost-Tennessee aber hat ihr General Vaughan eine Niederlage erlitten (bei Morristown) und außer mehreren Geschützen eine Menge Gefangener verloren. Hood hat, nachdem er bei dem Angriff auf Decatur in Alabama geschlagen worden, den Rückzug nach Westen hin angetreten, und soll nach andern Berichten bei Cypreß Creek den Tennessee überschritten haben, um mit Forrest zu kooperiren. General Price setzt seinen Rückzug nach Arkansas fort, demoralisirt und ohne reguläre Truppen, wie die Einen sagen, mit reicher Beute, wie Andere behaupten. Das südstaatliche Widderschiff „Albemarle" ist von den nordstaatlichen Kanonen in Grund gebohrt worden.

Bei einer im Interesse M'Clellans gehaltenen Versammlung Neu-Yorker Bankiers und Kaufleute wurde gegen die Lincoln'sche Abolitionspolitik geredet und die Erklärung abgegeben, daß finanzielle und kommerzielle Interessen einen Wechsel in der Verwaltung erfordern. Die Kriegsdemokraten Neu-Yorks haben gleichfalls eine Versammlung gehalten und General Dix las eine Adresse gegen das Programm und den Kandidaten der Konvention von Chicago vor und empfahl die Reorganisation der Partei. Der Kommandeur der Neu-Yorker Miliz kündigt an, daß er bei der Wahl jeden Einmischungsversuch verhindern werde.

Baden.

Aus dem Mittelrheinkreis, 12. Nov. Bekanntlich hat eine Anzahl der Geistlichen, welche den „Protest" in der Schenkel'schen Angelegenheit unterzeichnet und sich beschwerend an den evangel. Oberkirchenrath gewendet haben, gegen dessen Entschließung vom 17. Aug. d. J. eine „Erklärung" bei demselben eingereicht. Sie haben dieselbe alsbald auch durch den Druck veröffentlicht, mit dem „Evangel. Kirchen- und Volksblatt" verbreitet, und zugleich als „Pfarrkonferenz von Durlach vom 19. Oktober" an sämmtliche Pfarrämter und Kirchengemeinderäthe des Landes mit der Bitte versendet, Zustimmungserklärungen an die Redaktion des „Kirchen- und Volksblattes", ohne Zweifel zur Veröffentlichung, mitzutheilen. Wie wir nun lesen, hat der Oberkirchenrath die eingereichte „Erklärung" mit folgendem Erlaß zurückgegeben:

„Das evang. Stadtdekanat dahier erhält die unterm 24. v. M. vorgelegte, von einer Anzahl Geistlicher in Folge einer angeblichen „Pfarrkonferenz" zu Durlach vom 19. v. M. hieher gerichtete „Erklärung" — nach Berathung mit dem Generalsynodalausschuß — mit dem Auftrage, dieselbe dem Stadtpfarrer Zimmermann dahier unter dem Anfügen zurückzugeben, daß es, nachdem in dieser Angelegenheit unterm 17. August d. J. von diesseitiger Behörde eine Entschließung ergangen ist, durchaus unzulässig erscheine, daß lediglich eine gegen diese Entschließung gerichtete „Erklärung" an die diesseitige Behörde abgegeben werde, weßhalb man sich nicht veranlaßt sehen könne, diese „Erklärung" zu den Akten zu nehmen, zumal in derselben, außer manchfachen falschen Auffassungen unseres Erlasses, nichts Neues vorgebracht wurde.

Zu dieser Zurückgabe erachte die diesseitige Behörde sich um so mehr verpflichtet, als fragliche „Erklärung" inzwischen durch den Druck veröffentlicht und verbreitet wurde, und da nach Ausweis der letzten Seite des Abdrucks die angebliche „Durlacher Pfarrkonferenz vom 19. Oktober" sich beigehen läßt, diese ihre „Erklärung" „an sämmtliche Pfarrämter und Kirchengemeinderäthe der unirten Landeskirche mit der Bitte zu senden, daß diejenigen Heeren Amtsbrüder, welche dieser Erklärung zustimmen, darüber Mittheilung machen": daß also das dahier eingereichte Aktenstück zugleich als Mittel benützt werden soll, in dieser Sache die Gemeinden unserer evangelischen Landeskirche anzuregen, ja die dienstlichen Behörden derselben zu veranlassen, offen Stellung gegen ihre verfassungsmäßig geordnete oberste Kirchenbehörde einzunehmen. Ueber dieses jedenfalls höchst ungeeignete Verfahren, wornach eine Anzahl von Geistlichen sich wie eine in den Organismus der Kirche eingegliederte Konferenz bezeichnet, und an die dienstlichen Organe der Kirchengemeinden sich wendet — müssen wir denselben hiermit zugleich unsere ernstlichste Mißbilligung aussprechen und die Unterzeichner, von welchen mehrere sogar Dritte beauftragt haben, das Schriftstück, dessen speziellen Inhalt sie nicht einmal kannten, in ihrem Namen zu unterzeichnen, für alle üblen Folgen ihres Schritts verantwortlich erklären."

Dieser Erlaß wurde zugleich auch „sämmtlichen Pfarrämtern und Kirchengemeinderäthen" zur Nachricht zugesendet.

Das Benehmen der „Erklärer" und der Erlaß des Oberkirchenraths bedürfen unseres Bedünkens keines Kommentars; wir beschränken uns daher im Wesentlichen auf diese Mittheilung, indem wir hoffen dürfen, daß es nun endlich nicht mehr wird abgeläugnet werden, wer die Gemeinden in diese Sache hereinzuziehen und den kirchlichen Frieden in denselben zu stören bestrebt ist.

Vermischte Nachrichten.

— Der Prinz von Noër, Vatersbruder des Erbprinzen von Augustenburg, hat sich mit der Miß Lee, einer Amerikanerin, vermählt. Die Dame wollte keine morganatische Ehe eingehen, in Folge dessen der Prinz sich mit ihr zur rechten Hand trauen ließ und auf alle Souveränetätsrechte verzichtet hat, wodurch seine agnatischen Rechte auf seinen einzigen Sohn erster Ehe übergegangen sind. Der Kaiser von Oesterreich hat den Prinzen von Noër auf sein Ansuchen zum Fürsten ernannt, während in der Folge jedoch seine Söhne den Titel von Grafen führen werden.

— Bern. Ueber den Prozeß Demme-Trümpy wird der „N. Zürich. Ztg." geschrieben: Der freigesprochene Dr. Demme wird wohl seine angekündigten Wintervorlesungen nicht halten. Er soll entschlossen sein, für einige Zeit von Bern sich zu entfernen. Von Frau Trümpy erfahre ich wenig Tröstliches. Die Unglückliche wurde letzten Sonntag und Montag nach Wabern geführt, will aber schlechterdings nicht daselbst bleiben. Sie bildet sich ein, die Prozeßverhandlungen gehen noch fort und will um jeden Preis in ihrer Zelle auf dem Rathhaus bleiben. Montags mußte sie wieder dahin geführt werden. Man wird die arme Frau wohl jetzt in die Waldau versetzen. Ueber ihre Geisteskrankeit sollte jetzt kaum ein Zweifel mehr möglich sein.

* London, 11. Nov. Das Komitee des deutschen Rechtsschutz-Vereins zeigt in den heutigen Blättern an, daß es, bis die Antwort Sir George Grey's auf die ihm übersandte Petition in Sachen Franz Müller's eintreffe, in permanenter Sitzung in dem Seyd'schen Hotel versammelt sein werde, und richtet an alle Personen, welche noch eine auf die Müller'sche Angelegenheit bezügliche Mittheilung zu machen wüßten, die Bitte, sich mit dem Komitee in Verbindung zu setzen. Außer der Denkschrift nebst Beilagen ist an den Staatssekretär des Innern noch ein Schreiben des Geistlichen Hrn. Battiscombe von Blackhead abgegangen. Derselbe hat, in vollem Glauben an Müller's Schuld, den Verurtheilten mehrmals in der Gefängnißzelle besucht, um ihn wo möglich zu einem Geständniß zu vermögen. Die Unterredungen mit dem Unglücklichen haben jedoch den entgegengesetzten Erfolg gehabt; sie haben dem Geistlichen die Ueberzeugung von des Verurtheilten Unschuld eingeflößt. Auf Bitten des Gefangenen war auch einem deutschen Geistlichen, Hrn. Dr. Kappel, der Zutritt gestattet worden, und Hr. Kappel ist von seinen Besuchen mit demselben Glauben an Müller's Unschuld zurückgekehrt, wie Hr. Battiscombe. Heute spricht auch „ein Jurist" in einer Zuschrift an den „Star" sich für die Nothwendigkeit der Verschiebung der Hinrichtung aus. Die meisten englischen Blätter, voran die „Times", theilen übrigens diese Meinung keineswegs. Dieses Blatt bespricht heute die Eingabe des deutschen Rechtsschutz-Vereins; sie beginnt mit der Bemerkung, es sei keine angenehme Pflicht, eine Petition zu kritisiren, die um das Leben eines Mitmenschen bitte; seit Müller's Verurtheilung hätten einige seiner in England wohnenden Landsleute alle ihre Kräfte aufgeboten, einen Aufschub und wo möglich eine Kommutirung des Urtheilsspruches zu erreichen. [Die Eingabe bittet wörtlich „um einen Aufschub des Todesurtheils, bis die hierin erwähnten Thatsachen einer eingehenderen Untersuchung unterzogen sein würden."] Als das Resultat ihrer Kritik gibt die „Times" dann an, keinen zulänglichen Grund für die Intervention der Krone aufgefunden zu haben. Sie wolle zwar nicht behaupten, daß die zusammengestellten Möglichkeiten der Unschuld ganz und gar werthlos oder daß die Adresse ein Gewebe aus der Luft gegriffener Vermuthungen von Anfang bis zu Ende sei. Die Schrift sei im Gegentheil eine scharfsinnige Rekapitulation der Vertheidigungsrede Parry's, bereichert und modifizirt durch seither gewonnene Zeugenaussagen ex parte. Es sei leicht, einer hoffnungslosen Vertheidigung durch ein solches irreguläres Vorgehen eine neue Maske aufzusetzen; die großen Beweise gegen Müller blieben dadurch aber unerschüttert... Die Hauptnorm, nach welcher der Staatssekretär des Innern sich in derartigen Fällen zu richten habe, sei das Prinzip, daß die Umwandlung, nicht aber die Nichtumwandlung des Urtheils eine Verantwortlichkeit für ihn in sich schließe. Das Verdikt einer Jury aber, die Zeugen und Beweisstücke vor sich gehört und gesehen und dem Advokaten wie dem Richter gelauscht habe, sei gewiß von höherer Zuverlässigkeit, als der Bericht einer ohne solche Vortheile geführten und nicht in Form geschehenen Untersuchung (die der Petition beigelegten Zeugenaussagen sind als solche vor einem Polizeigericht beglaubigt worden!). Eine andere Norm sei die, daß an Angaben, welche bei dem Verhör hätten gemacht und dort der Feuerprobe des Kreuzverhörs unterworfen werden können, mit dem größten Verdacht heranzutreten sei, wenn man sie überhaupt zulassen wolle. Beantragung eines neuen Verhörs bei einer Anklage auf Mord sei nicht zu dulden; auch habe Niemand so Etwas je bei einer falschen Freisprechung des Angeklagten in Vorschlag gebracht. Aber die geheime Revision der Urtheile von Seiten eines Staatsbeamten, ohne Hilfe der Jury, der Advokaten oder Richter, sei in sich selbst ein neues Verhör der schlimmsten Sorte. Es könne sich vielleicht, in Ermangelung einer andern Alternative, im Fall der bona fide Auffindung neuer Materialien zur Enthüllung der Wahrheit rechtfertigen lassen; doch dürften dieses nicht Materialien sein, die absichtlich zurückgehalten worden seien oder in zu grellem Widerspruch mit der ursprünglichen Vertheidigung ständen.

* London, 12. Novbr. Es liegt jetzt der Schluß des vom deutschen Rechtsschutz-Verein veröffentlichten Berichtes vor. Sein Hauptinhalt ist eine Darstellung der vielseitigen Anstrengungen des Komitee's, welche die Auffindung und Beibringung der in den letzten Tagen namhaft gemachten Zeugen zum Resultat hatten. Die Entdeckungen, welche sich auf Franz Müller's Alibi beziehen, sind theilweise erst ganz kürzlich gemacht worden. Ferner wird die Ausspürung zweier Hausirer erwähnt, welche in Beziehung zu dem Verkauf von Uhr und Kette, wie Müller dies angegeben, gebracht werden; es wird von einem Besuch bei dem Hutmacher Digance berichtet, mit dessen Entgegenkommen das Komitee wenig befriedigt war; dagegen ist die Edmontoner Affäre, da ein Zusammenhang mit dem Müller'schen Fall nicht aufzufinden war, bei Seite gelegt worden. Nachdem dann ein Vergleich zwischen den Zeugen für und wider gezogen, schließt der Bericht mit der Erklärung, daß nicht um Gnade für den Verurtheilten, sondern nur um eine kurze Spanne Zeit gebeten werde.

Von dem Ministerium des Innern hat das Komitee des Rechtsschutz-Vereins die Anzeige erhalten, daß Sir G. Grey heute in London eintreffen werde, der Verein möge daher alle Beweisstücke, die er in der Müller'schen Angelegenheit vorzubringen habe, so früh wie möglich einsenden. Hr. James Aytoun, ein Advokat, der in öffentlichen Blättern das von der Jury gefällte Urtheil bekämpft, hat gleichfalls eine Petition an die Königin gerichtet, worin er „als Engländer" um den Aufschub der Vollstreckung des gegen Müller erkannten Todesurtheils bittet.

Franz Müller behält inzwischen seine gefaßte und ruhige Haltung. Zwar berichten immer wieder dann und wann einige Blätter, daß bald ein Geständniß zu erwarten sei, da der Verurtheilte nicht mehr so zuversichtlich seine Unschuld betheure, oder auch, daß er von den zu seinen Gunsten gemachten Anstrengungen wisse, und somit das Geständniß bis auf den letzten Augenblick verschieben werde. Es ist jedoch bei jeder Unterredung mit dem Gefangenen der Gefängnißdirektor zugegen, und von Allem, was außerhalb des Kerkers vor sich geht, darf absolut nicht gesprochen werden. Diejenigen der wenigen zugelassenen Besucher, welche ihrer Unterhaltung mit dem Verurtheilten Oeffentlichkeit gegeben haben, wissen von seiner Geneigtheit zu einem etwaigen Geständnisse nichts zu sagen. So erzählt Hoffa, der Müller am Dienstag und gestern besucht hat, u. A., daß Müller sich ausgedrückt habe: „Ich habe nichts auf meinem Gewissen. Ich bin bereit zu sterben, ich sehne mich jetzt nach dem Tode, aber ich sterbe unschuldig. Ich möchte wünschen, daß Niemand mehr auf dem Gewissen hätte als ich. Wie kommt es, daß Matthews so verschiedenartige Aussagen ablegen darf, anders in Neu-York und anders hier, während die Antworten, die ich über Uhr und Kette gab, als ich auf dem Schiffe so plötzlich gefragt wurde, immer gegen mich sprechen sollen? Außer dort auf dem Schiffe habe ich in der ganzen Sache immer die Wahrheit geredet." Er bat Hoffa, seinen Besuch zu wiederholen und, wenn er könne, am Montag Morgen zu ihm zu kommen [vor der Hinrichtung]. Bei der gestrigen Unterredung wiederholte Müller in sehr ernstem Tone, daß er an dem ihm zur Schuld gelegten Verbrechen keinen Theil habe; und antwortete auf gestellte Anfrage, die Station in Fenchurch-Street [der Ausgangspunkt der Nord-Londoner Eisenbahn] sei ihm zwar wohlbekannt, doch keine der weiteren Stationen [Bow, Hackney, Wick u. s. w]. Wenn der in dem Coupé gefundene Hut ein solcher war, den Matthews bei Walker gekauft habe, so sei er Matthews' Hut, und nicht der seinige, sagte Müller ferner. Daß er den sogenannten Brigg'schen Hut in der Nähe der Börse bei Digance gekauft habe, betheuerte er häufig, wenn gefragt. Hoffa erkundigte sich schließlich, ob er am Montag Morgen auch zugelassen werde, und Müller antwortete ihm: nein, das sei ihm abgeschlagen worden, und dieses werde leider der letzte Besuch sein. Wenn er nur noch einen Brief von seinem Vater erhielte, so würde er gern sterben, fuhr er fort. „Und ich bin bereit, zu sterben. Wäre es nur nicht auf solche Weise! Doch, da es Gottes Wille ist, muß ich so sterben." Mehrere Male fragte M. Hoffa, warum Dr. Juch (vom Komitee des Rechtsschutz-Vereins) ihn nicht mehr besucht habe. In den letzten Tagen hat Dr. Juch, welcher an den Nachforschungen zu Gunsten des Verurtheilten thätigen Antheil nimmt, nicht mehr Zutritt zu der Gefängnißzelle erhalten.

Aus mehrfachen Korrespondenzen in der Tagespresse, die sich auf die Müller'sche Angelegenheit beziehen, heben wir ein Schreiben Hrn. Richard Stevens, eines frühern Arbeitgebers Müller's, hervor, dessen Inhalt, eidlich erhärtet, in der Petition noch nachträglich erwähnt worden ist. Hr. Stevens erklärt, daß F. Müller vom 7. Nov. bis zum 7. Mai für ihn auf Stück gearbeitet habe und fast täglich zu ihm gekommen sei, um die Arbeit abzuholen; daß M. bei seinem Eintritt seinen Hut gewöhnlich auf den Ladentisch legte, daß er (Stevens) öfter Gelegenheit gehabt habe, den Hut von dort wegzustellen, um Platz zu machen. Er (Stevens) erinnere sich daher der Façon und der Fütterung des Hutes ganz genau, und so oft er den Hut gesehen, nie habe er ein derartiges Futter in demselben bemerkt, an welchem die Repsch und Matthews den Hut identifiziren wollen; im Gegentheil erkläre er feierlichst, daß das Futter des Hutes, den M. in der genannten Zeit getragen, in keiner Weise dem von Matthews und Repsch beschriebenen Futter entspreche. Ferner bemerkt Hr. Stevens, daß Müller mehrfach schon mit Uhren und Ketten gehandelt habe; er habe ihm einmal auf seine Bitte ein Pfd. St. geliehen, um damit eine Uhr zu späterem vortheilhafterem Verkauf anzukaufen; und er erinnere sich deutlich, zu Müller bei einer solchen Gelegenheit gesagt zu haben: „Nun, Ihr seid ja Schneider und Juwelier zugleich." Die „Times" sagt heute, es seien bereits mehrere Briefe eingelaufen, deren Verfasser sich, ein jeder in verschiedener Weise, als die wirklichen Mörder bezeichneten und darüber zu jammern affektirten, daß ein Unschuldiger gehängt werden solle.

Am Donnerstag und gestern haben die Sheriffs Müller in der Gefängnißzelle besucht; doch war dieses nur eine formale Sache. Der Untersheriff Jersey hat ihm vorgestellt, daß die Zeit seines Weggangs von dieser Welt vor der Thür stehe, und hat ihn ermahnt, die Wahrheit zu sprechen und Alles zu gestehen, was er von dem Verbrechen, dessen er überführt worden sei, wisse. Müller schien von den Bemerkungen bewegt zu sein, antwortete aber nicht darauf. Vor dem Gefängniß beginnt man bereits Vorbereitungen zu der auf Montag Morgen 8 Uhr (wenn die eingereichte Petition zurückgewiesen werden sollte) angesetzten Vollstreckung des Urtheils zu treffen.

Für den Aufschub der Hinrichtung sprechen sich heute „Daily News", das „Newcastle Chronicle" und die „Liverpool Post" aus; andere Blätter, wie der „Spectator", wollen, in Uebereinstimmung mit der „Times", diese Nothwendigkeit des Aufschubs nicht einsehen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

12. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9 30'''	+ 1.0	N.O.	schw. bew.	Sonnenhl., frisch
Mittags 2 „	„ 9.00'''	+ 5.0	„	stark „	trüb, frisch
Nachts 9 „	„ 9.00'''	+ 2,5	„	„ „	mondhell, frisch
13. Nov.					
Morgens 7 Uhr	27" 9.00'''	+ 2,0	N.O.	stark bew.	Nebel, frisch
Mittags 2 „	„ 8.90'''	+ 5,0	„	ganz „	Sonnenich., mild
Nachts 9 „	„ 7,02'''	+ 3,0	„	„ „	trüb, Nachts Reg.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 15. Nov, 4. Quartal. 127. Abonnementsvorstellung. **Julius Cäsar;** Trauerspiel in 5 Akten, von Shakespeare.

Theater in Baden.

Mittwoch 16. Nov. **Die Verbündeten;** Lustspiel in 3 Akten, in freier Bearbeitung nach dem Französischen des M. Pol. Moreau. Hierauf: **Das war ich!** Lustspiel in 1 Akt, von Hutt.

Z.q.163. Freiburg. Allen entfernten Freunden und Bekannten geben wir die Nachricht, daß unser theurer Vater, Oberamtmann Josef Rüttinger, in Freiburg am 11. dieses Monats nach langem schwerem Leiden verschieden ist. Um stille Theilnahme für ihren tiefen Schmerz bitten,

Freiburg, den 12. November 1864,

August Rüttinger, Amtsrichter.
Karoline v. Mörs, geb. Rüttinger.
Franz v. Mörs.

Z.q.181. Karlsruhe. Von dem gestern erfolgten Hinscheiden unserer lieben Schwester Auguste Giehne setzen wir auswärtige Verwandte und Freunde hiermit in Kenntniß.

Karlsruhe, den 12. November 1864.

Die hinterbliebenen Geschwister.

Todesanzeige.

Z.q.195. Bruchsal. Freunden und Bekannten widmen wir die schmerzliche Nachricht, daß unser guter Gatte, Vater, Schwiegervater und Großvater, „Nathan A. Gros", am 11. dieses Monats, Morgens 7 Uhr, nach kurzem Krankenlager, im Alter von 69 Jahren sanft entschlafen ist.

Bruchsal, den 14. November 1864.

Die Hinterbliebenen.

Z.q.201. In der Hofkunsthandlung von **J. Velten** in **Karlsruhe** ist so eben eingetroffen:

Schiller-Gallerie

nach Originalzeichnungen von W. v. Kaulbach, A. Müller, Th. Piris und Andern, photographirt von J. Albert in München.

Erste Lieferung, enthaltend: 1) **Maria Stuart** (Akt 3, Scene 4). 2) **Mutterliebe.** 3) **Abschied.** (Das Lied von der Glocke.)

Facsimile-Ausgabe, jede Lieferung von 3 Bl. 56 fl.
" jedes Einzelblatt 24 fl. 30 kr.
In Visitenkartenformat, jedes Blatt 36 kr.
Prospekte stehen gratis zu Diensten.

Z.q.182. Karlsruhe.

Anerbieten.

In einer gebildeten einfachen Familie zu Karlsruhe finden um Ostern k. J. einige Töchter, die hier gebildet werden sollen, Aufnahme und elterlich-gute Pflege, auch auf Verlangen freundliche Nachhilfe in Sprachen und weiblichen Arbeiten. Zu erfragen Kl. Herrenstraße Nr. 3.

Z.q.197. Karlsruhe.

Apotheker-Gesuch.

Wir suchen zum Eintritt auf 1. April 1865 zwei tüchtige und solide Apotheker, wovon der eine, zum Zweck der Uebernahme einer Verwalterstelle, das badische Staatsexamen absolvirt haben müßte.

Gebrüder Jost.

Commisgesuch.

Z.q.174. Für den ersten Magazinsposten in einem Kolonialwaaren-Geschäft en gros wird ein junger Mann gesucht, der in dieser Branche durchaus erfahren ist und besonders auch einen guten Briefstyl hat. Offerten wollen an die Expedition der Karlsruher Zeitung unter der Bezeichnung R S F eingesandt werden.

Z.q.160. Frankfurt a. M.

Agenten-Gesuch.

Eine außergewöhnliche Gelegenheit bietet thätigen, kautionsfähigen Agenten Aussicht auf einen namhaften Nutzen, ohne viel Zeit zu beanspruchen. Reflektirende erfahren Näheres auf frankirte Anfragen, signirt F 30, post. rest. Frankfurt a. M.

Annonce. Z.q.129. Für eine Cigarrenfabrik wird zur Besorgung der Comptoirarbeiten ein junger Mann mit bescheidenen Ansprüchen zum sofortigen Eintritt gesucht. Franko-Offerten besorgt die Expedition dieses Bl.

Z.q.3. Karlsruhe. In der ersten Bude rechts auf dem Schloßplatz ist während der **Messe** zu sehen

F. Bayer's großes Panorama.

Z.h.414. Karlsruhe.

Anzeige.

Ganze Bibliotheken, sowie einzelne gute Werke kaufe ich stets zu annehmbaren Preisen.

Max Auerbach,
Buchhändler und Antiquar.

Z.q.13. **Spielwerke**

mit 4—24 Stücken, worunter Prachtwerke mit Glockenspiel, Trommel und Glockenspiel, mit Flötenspiel, mit Himmelsstimmen, mit Mandolinen; ferner

Spieldosen

mit 2—12 Stücken, worunter welche mit Necessairen, fein geschnitzt oder gemalt, sowie Cigarrentempel, Schreibzeuge und Schweizerhäuschen mit Musik, stets das Neueste, empfiehlt

J. H. Heller in **Bern.** — Franco.

Defekte Werke oder Dosen werden reparirt.

Z.q.179. Karlsruhe.

Pferdeversteigerung.

Kommenden Donnerstag den 17. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, wird im großh. Marstall ein heuriges Fuchsstut-Fohlen gegen Baarzahlung öffentlich versteigert; wozu wir die Liebhaber hiemit einladen.

Karlsruhe, den 14. November 1864.

Großh. Marstallverwaltung.
Jost.

Weiße Gesundheits-Senfkörner
von Didier.

MOUTARDE BLANCHE DE SANTÉ DE DIDIER, PALAIS-ROYAL GALERIE D'ORLÉANS 32 — AUX ARMES DE HOLLANDE — MAISON FONDÉE EN 1820

37 Jahre eines täglich zunehmenden Erfolges sind ein hinlänglicher Beweis von den vortrefflichen Eigenschaften der weißen holländischen Gesundheits-Senfkörner. Mehr als 200,000 urkundlich bestätigte gelungene Kuren berechtigen die allgemeine Popularität dieses unvergleichlichen Heilmittels, welchem der berühmte **Dr. Kooke** so richtig den Namen eines gesegneten und herrlichen Geschenkes des Himmels beilegte. — Es gibt kein einfacheres, sichereres und billigeres Mittel: 3—4 Kilog. genügen zur Heilung der Magen-, Gedärm- und Leberkrankheiten, der Hämorrhoiden, der Engbrüstigkeit, der Milzkrankheiten, der Winde, des Schleims, wie auch der durch Alterswechsel verursachten Uebel und aller Leiden, welche von verdorbenem Blute und schlechten Säften herrühren; lauter Krankheiten, gegen welche die Anwendung der Senfkörner täglich von den berühmtesten Aerzten vorgeschrieben und empfohlen wird.

Ansichten der Herren Trousseau und Pidour, Professoren an der Fakultät zu Paris.

In ihrem gelehrten Traité de thérapeutique et de matière médicale sprechen sich die HH. Trousseau und Pidour, Professoren an der Medizinschule von Paris, wie folgt aus:

„Persönliche Erfahrungen lassen uns nicht zweifeln, daß die stuhlbefördernde Wirkung der weißen Senfkörner sehr mächtig ist: cutane Krankheiten, chronische Rheumatismen, welche nichts lindern konnte, wurden durch deren Anwendung geheilt; trotzdem drastische Purgirmittel die Eingeweide lebhafter stimuliren, heilen sie Flechten und Rheumatismen dennoch nicht so sicher. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Aerzte auf dieses zu wenig bekannte, daher auch zu wenig gewürdigte Mittel."

(Diesem Aufruf wurde durch eine Menge gewissenhafter Aerzte Folge gegeben; man offerirt die Liste von 350 derselben, die jetzt die weißen Senfkörner vorschreiben oder selbst gebrauchen.)

Ansichten des Dr. Bellanger der Fakultät zu Paris über die Eigenschaften der weißen Senfkörner.

Das weiße Senfkorn gehört zu der heilsamen Gattung der Cruciferen. — Als solches ist es abführend und genießt der Eigenschaft, das Blut zu reinigen, alle Säfte zu verbessern und den ganzen Organismus zu kräftigen. — Die Senfkörner sind überdieß laxativ und leicht abführend. Diese Eigenschaften wohnen ihnen in einem Maaße inne, daß sie sanft abführen, ohne jemals Kolik oder sonst welche Zufälle zu veranlassen. Man kann dieses Heilmittel anstandslos den zartesten und reizbarsten Personen, den Frauen, Kindern, den erschöpften Greisen geben. Die leichte Erschütterung, welche es Magen und Gedärmen mittheilt, ist weit entfernt, in irgend einem Organe Erschlaffung oder Schwäche zurückzulassen, sondern es scheint dort vielmehr ein Prinzip der Stärke und eine Lebenskraft zu bewirken, die von einer leicht tonischen Eigenschaft zeugen.

Es ist leicht begreiflich, daß ein von der Natur so reich ausgestattetes Korn, welches durch die ihm inne wohnenden Eigenschaften gleichzeitig laxativ, purgativ reinigend und tonisch wirkt, — es ist leicht begreiflich, sagen wir, daß ein solches Korn nicht unbenützt bleiben konnte und daß es nun auf die meisten Krankheiten, an welchen wir leiden, einen günstigen und mannigfachen Einfluß ausübt. Seine energische Wirksamkeit gegen die Krankheiten und verschiedenen Störungen der Verdauungsorgane, war leicht vorauszusehen; wer aber weiß nicht, daß diese Organe, welche gewissermaßen die Hauptachse des organischen Lebens sind, gleichzeitig die Hauptwerkzeuge des Leidens wie des Wohlbefindens zu sein scheinen? Wer weiß nicht, daß sie mit allen andern Lebensorganen in den zartesten sympathischen Beziehungen und in engster Verbindung stehen? — Es wäre unnütz, über die therapeutische Anwendung der Senfkörner auf Details einzugehen. Die namenlosen Dienste, welche dieses populäre Heilmittel täglich erweist, sind eine Thatsache, welche Wissenschaft und Erfahrung konstatiren.

Dr. Bellanger, von der Pariser Fakultät.

Herr Didier!

Sie erfuhren aus meinem letzten Schreiben, daß ich die 30 Kilos (holländischer) weißer Senfkörner, welche Sie gratis zu meiner Verfügung stellten, mit außerordentlichem Erfolge angewandt habe.

Heute kann ich Ihnen abermals drei Fälle melden, wo ich unverhoffte Heilung erzielte.

Den ersten, bei einem mit Flechten behafteten Subjekte, welches man mit Recht für unheilbar halten konnte und dessen Leiden bis dahin allen üblichen Medikamenten widerstanden hatte. — Der zweite, welcher seit mehreren Jahren an einem chronischen Magenübel (gastralgie) litt, wurde durch den Gebrauch von 6 Kilos Senfkörner vollständig hergestellt. — Der dritte endlich, welcher mit einer eingewurzelten Leberkrankheit mit hartnäckigen Complikationen behaftet war, verspürte eine solche Verbesserung seines Zustandes, daß ich ihn jetzt, nach zweimonatlichem Gebrauche der Körner, auf dem Wege sicherer Heilung erachte.

Ich weiß, und Sie selbst haben mir mehrere Male gesagt, daß die Senfkörner ihre vollen Eigenschaften nur dann besitzen, wenn sie rein, frisch, gut geschält sind; verdorben, gemischt oder alt, werden sie unwirksam, unter gewissen Umständen sogar schädlich.

Ich wende mich an Ihre Gefälligkeit und bitte Sie, mir noch einige Kilos Ihres unvergleichlichen und populären Mittels zu schicken, welches Dr. Cooke und Herr Turnor mit Recht ein gesegnetes Heilmittel, ein prächtiges Geschenk des Himmels nennen.

Genehmigen Sie ꝛc.

(Gez.) Trognot, Dr., Arzt zu Mont-St.-Jean.

Unsere einzige Niederlage für die Stadt Karlsruhe: **Ph. D. Meyer,** Hoflieferant; für Mannheim: **J. Burckel.** Z.h.583.

Z.q.157.

Tattersall-Gesellschaft.

Grosse Auction von Gebrauchs- und Luxus-Pferden.

Sonnabend den 26. November, von Vormittags 11 Uhr an, wird zu Berlin, Neustädtische Kirchstrasse 6 a, die sechste grosse Auction der „Tattersall-Gesellschaft" abgehalten.

Das vollständige Geschäfts-Reglement mit den Verkaufs-Bedingungen ist im Bureau der Gesellschaft, Mauerst. 36, zu haben.

Das kauf- und verkaufslustige Publikum wird zu dieser Auction ergebenst eingeladen. Anmeldungen nimmt bei Einzahlung von „drei" Thalern pro Pferd Herr **F. André**, *Mauerstr. 36*, bis **Sonnabend den 19. November** entgegen, und müssen die angenommenen Pferde bis spätestens Mittwoch den 23. November, Abends 6 Uhr, in dem Etablissement, Neustädtische Kirchstrasse 6 a, eingestellt sein.

Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, dass von nun ab die Auctionen regelmässig jeden Monat am Sonnabend vor dem Ersten des darauf folgenden Monats stattfinden.

R. Wagner. F. André.

Z.q.158. Heidelberg.

Ein gutes Geschäft,

das Jedermann betreiben kann, ist in Heidelberg sogleich zu verpachten. Auskunft ertheilt Aktuar **Keller,** Kettengasse 13 daselbst.

Z.q.167. Schloß Neuweier.

Weinversteigerung.

Der Unterzeichnete läßt am

Mittwoch den 23. d. M.,
Vormittags 11 Uhr,

im Schloßgebäude dahier seine diesjährige **selbstgezogene** Weine, bestehend in

ca. 140 Ohm Edel- und Mauerwein und
ca. 15 Ohm Affenthaler Rothen,

mit dem weiteren Beifügen öffentlich versteigern, daß späte Lese und sorgfältige Sortirung stattgefunden hat; wozu man die Liebhaber einladet.

Schloß Neuweier, den 12. November 1864.

G. König, Gutsbesitzer.

Z.q.165. Haslach.

Wein- und Fässer-Versteigerung.

Wegen Aufgabe des Geschäfts läßt die Unterzeichnete im Gasthaus zum Kreuz dahier am **Donnerstag den 24. dieses Monats, Morgens 9 Uhr,**

circa 450 Ohm reingehaltene Weine öffentlich gegen Baarzahlung versteigern, und zwar

Weißweine:

circa 140 Ohm Kaiserstühler 62 und 63er Jahrgang,
" 15 " Markgräfler 63er "
" 75 " verschiedene Thalweine 62 und 63er Jahrgang,
" 165 " Klevner und Klingelberger 59, 61, 62 und 63er Jahrgang.

Rothweine:

circa 54 Ohm Zeller und Fußbacher 62 und 63er Jahrgang.

Ferner 200 Maß alten Hefenbranntwein. Alsdann 41 Stück Lagerfässer von 10 bis 50 Ohm Gehalt.

Die gekauften Weine sollen innerhalb 4 Wochen vom Tag der Versteigerung an abgeholt sein, und können Proben von jetzt an von den Fässern versucht werden.

Haslach im Kinzigthal, den 12. November 1864.

Heinrich Merkle Wittwe.

Z.n.920. Mannheim.

Hausversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung wird das dem Schreiner Georg Maas dahier im Stadtquadrat Lit. F. 4 Nr. 14 gelegene Gebäude am

Montag den 19. Dezember,
Vormittags 8 Uhr,

auf dem Rathhause dahier öffentlich versteigert werden, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis mit . . . . . 5200 fl. oder mehr geboten wird.

Die Steigerungsbedingungen können zu jeder Zeit bei mir eingesehen werden.

Mannheim, den 11. November 1864.

Notar Issel.

Z.q.203. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Höherem Auftrage zufolge soll die Lieferung von 400 Klafter Tannenscheitholz im Soumissionswege vergeben werden. Schriftliche Angebote für das ganze oder theilweise Quantum, frei an eine badische Güterstation längstens bis 1. Juni k. J. geliefert, werden bis

Montag den 21. d. Mts.,
Vormittags 11 Uhr,

von unterzeichneter Stelle entgegengenommen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen einzusehen sind.

Karlsruhe, den 14. November 1864.

Verwaltung
der großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins.

Der Vorstand. Obser. — Der Verwaltungsbeamte. Adam. vdt. Biesele.

B.131. Nr. 11,523. Staufen. (Bekanntmachung.) Das Handelsgeschäft des Kaufmanns Fridolin Stiefvater von Kirchhofen wurde heute unter der Firma dieses Namens, O.Z. 65, in das Firmenregister eingetragen. Der unterm 9. April 1858 mit Elisabetha Fridrich abgeschlossene Ehevertrag setzt die gesetzliche Gütergemeinschaft unter Verliegenschaftung des gegenwärtigen und des zukünftigen Vermögens fest.

Staufen, den 9. November 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Leiblein.

B.130. Nr. 6029. Wiesloch. (Bekanntmachung.) Unterm 8. d. Mts. hat sich die Firma „Gebrüder Hummel in Wiesloch", aus den Gesellschaftern Ludwig und Ignaz Hummel bestehend, aufgelöst; was heute sub O.Z. 14 des Gesellschaftsregisters eingetragen wurde.

Wiesloch, den 18. Oktober 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hördt. vdt. Beck.

Z.n.928. Nr. 8484. Kenzingen. (Aufforderung und Fahndung.) Der ledige Uhrenmacher Moritz Hipp von St. Peter, welcher der Entwendung von 5 fl. Geld und eines Portemonnaies, im Werth von 9 kr., zum Nachtheil des Christian Haas von Ottoschwanden, damit eines gemeinen Diebstahls, ferner der mit körperlicher Mißhandlung der Polizeidiener Gräßlin und Wäldin in Weisweil verübten Widersetzlichkeit angeschuldigt ist, wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, widrigens nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden. Die Polizeibehörden ersuchen wir, auf Moritz Hipp zu fahnden und ihn im Betretungsfall uns gefänglich zu überliefern.

Kenzingen, den 11. November 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Junghanns.

Z.n.934. Nr. 9607. Radolfzell. (Bekanntmachung und Fahndung.) Durch diesseitiges Erkenntniß vom 8. Juli 1864, Nr. 6009, wurden wegen Verheuerns von Partial-Obligationen

Johann Georg Schlapp,
Friedrich Sinz und
Rudolf Strauß von Frankfurt a. M.,

in eine Geldstrafe von je 50 fl.,

und wegen des gleichen Vergehens

Karl Hensler,
J. G. Kämel,
Simon Reiß,
J. G. Lußmann jr.,
L. Steindeker Schleßinger und
S. F. Pfeiffer, Alle von Frankfurt a. M.,

in eine Geldstrafe von je 25 fl.

und in die Kosten verfällt.

Sämmtliche Polizeibehörden ersuchen wir um Fahndung auf die Genannten und Vollzug dieser Erkenntnisse im Betretungsfalle, im Falle der Unbeibringlichkeit aber um deren Inhaftnahme und Benachrichtigung hievon.

Radolfzell, den 8. November 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
v. Senger.

Z.n.916. Nr. 15,975. Bruchsal. (Contumacial-Erkenntniß.) Nachdem Korporal Bernhard Rausch von Hambrücken auf ergangene Aufforderung sich weder dahier noch bei seinem Regimentskommando gestellt hat, wird derselbe nunmehr wegen beharrlicher Landflüchtigkeit des Staats- und Ortsbürgerrechts für verlustig erklärt.

Bruchsal, den 9. November 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Pfister.

Z.n.926. Nr. 12,831. Offenburg. (Fahndung.) Nachträglich zu unserm Ausschreiben vom 8. v. M. bemerken wir, daß nach neueren Erhebungen die des Diebstahls verdächtige Person Ignaz Mauz aus Burladingen, genannt Riemennazi, ist. Wir wiederholen die Bitte um Fahndung.

Offenburg, den 11. November 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Roth.
vdt. Kohlund.

Z.n.927. Mannheim. (Aufforderung.) Valentin Roßbach von hier, welcher wegen Körperverletzung dahier in Untersuchung steht, aber sich aus hiesiger Stadt entfernt hat, wird aufgefordert,

binnen 14 Tagen

sich weiter dahier vernehmen zu lassen, widrigenfalls nach Lage der Akten gegen ihn erkannt werden wird.

Mannheim, den 12. November 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Erter.

Z.n.949. Wiesloch. (Aktuarsstelle.) Bei dem hiesigen Bezirksamte ist eine Aktuarsstelle mit 450 fl. Gehalt sogleich zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Aktuare oder Rechtspraktikanten werden aufgefordert, sich sogleich zu melden.

Wiesloch, den 12. November 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Lindemann.

Z.n.940. Gernsbach. (Aktuarsstelle.) Bei diesseitiger Stelle ist eine Aktuarsstelle mit 450 fl. jährlichem Gehalt auf den 1. Februar k. J. wieder zu besetzen. Die Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse anher wenden.

Gernsbach, den 12. November 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
v. Faber.

Z.q.120. Nr. 4090. Karlsruhe. **(Erledigte Gehilfenstelle.)** Bei dem Bureau der **Badischen allgemeinen Versorgungsanstalt** ist die Stelle eines im Staatsrechnungswesen befähigten Gehilfen zu besetzen, welchem eine Tagsgebühr bis zu 2 fl. bewilligt werden kann. Die Kompetenten haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse innerhalb 8 Tagen bei dem Verwaltungsrath zu melden.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.